

Publications de l'Institut suisse de droit comparé
Veröffentlichungen des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung
Pubblicazioni dell'Istituto svizzero di diritto comparato
Publications of the Swiss Institute of Comparative Law

56

The UNIDROIT Principles 2004

Their Impact on Contractual Practice, Jurisprudence and Codification

Reports of the ISDC Colloquium (8/9 June 2006)

Eleanor Cashin Ritaine and Eva Lein (eds.)
Swiss Institute of Comparative Law (ISDC)

In cooperation with:
International Institute for the Unification of Private Law (UNIDROIT)

Schulthess §

Peter Jung*

Der Einfluss der *UNIDROIT Principles* auf das Gemeinschaftsprivatrecht

Die *UNIDROIT Principles* wurden in einer weltweiten Perspektive und nicht für den europäischen Kontinent geschaffen.¹ So kann es nicht verwundern, dass auch die Europäische Gemeinschaft und ihr Privatrecht von den Principles nahezu ignoriert werden. In der insoweit 2004 unverändert gebliebenen Präambel ist nämlich nur von einem möglichen Einfluss der *Principles* auf den nationalen und internationalen Gesetzgeber die Rede.² Der supranationale Gesetzgeber des Gemeinschaftsprivatrechts findet hingegen keine Erwähnung. Lediglich Art. 1.4 UP formuliert einen Vorbehalt zugunsten des zwingenden Rechts, der ausdrücklich auch das supranationale Recht mit umfasst. Auf der anderen Seite wird auch im Rahmen der EG-Projekte zur Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung selten auf die *UNIDROIT Principles* Bezug genommen.

Der folgende Beitrag ist dennoch einer Analyse des mithin eher unbeabsichtigten Einflusses der *UNIDROIT Principles* auf das Gemeinschaftsprivatrecht gewidmet. Er wird in einem ersten Teil die strukturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Regelungsgefüge kurz in Erinnerung rufen (I.) und sich dann mit den Wegen (II.) und den Objekten (III.) der Einflussnahme beschäftigen.

I. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen *UNIDROIT Principles* und Gemeinschaftsprivatrecht

A. Unterschiede

Auf den ersten Blick scheinen die *UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts* von 1994 bzw. 2004 nur wenig mit dem Gemeinschaftsprivatrecht gemein zu haben. Beide Regelungsgefüge unterscheiden sich nämlich in ihrer Rechtsnatur und Funktion, ihrer Genese, ihrem räumlichen und sachlichen Anwendungsbereich, ihrer Regelungsform und ihrer Anwendungsweise.

Was die Rechtsnatur und Funktion anbetrifft, so handelt es sich bei den *UNIDROIT Principles* ausweislich ihrer Präambel um allgemeine Regeln, die zum Gegenstand einer unmittelbaren oder mittelbaren Rechtswahl von Vertragsparteien gemacht werden oder aber objektiv als Auslegungsmassstab, Ergänzungsrecht, Modellgesetz bzw. Ersatzrecht dienen können.³ Ausserhalb einer allfälligen Rechtswahl

* Ordinarius für Privatrecht an der Universität Basel.

¹ BONELL, M. J., «The UNIDROIT Principles – A Modern Approach to Contract Law», in: H.-L. WEYERS (Hrsg.), *Europäisches Vertragsrecht*, Baden-Baden 1997, S. 9: «The UNIDROIT Principles – drafted under the aegis of an international organisation of an universal nature – are intended for world-wide application, and therefore are clearly not confined to the Old Continent».

² Abs. 7 der Präambel UP 2004.

³ Siehe dazu auch die offizielle Kommentierung in: UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International*

der Vertragsparteien kommt den *UNIDROIT Principles* mithin keine verbindliche Rechtsgeltung im positivistischen Sinne zu.⁴ Sie gehören als Bestandsaufnahme und Modellrecht dem *Soft Law* an. Das Gemeinschaftsprivatrecht ist demgegenüber kein gemeineuropäisches Privatrecht, sondern es umfasst alle diejenigen Normen des Primär- und Sekundärrechts, die die Regelung des Rechtsverkehrs Privater zum Gegenstand haben und kraft Gemeinschaftsrechts Geltung in allen oder für alle EU-Mitgliedstaaten beanspruchen.⁵ Gemeinschaftsprivatrecht ist vorrangig geltendes Integrationsrecht, das der Verwirklichung des Binnenmarkts und der Grundfreiheiten dient. Die Normen des Gemeinschaftsrechts gelten unmittelbar und erfordern keinen gesonderten innerstaatlichen Anwendungsbefehl. Lediglich die EG-Richtlinien bedürfen zu ihrer Anwendung im Privatrechtsverkehr einer mitgliedstaatlichen Umsetzung. Die Behörden und Gerichte der Mitgliedstaaten haben das Gemeinschaftsprivatrecht anzuwenden, auszulegen und gegebenenfalls fortzubilden.

Die *UNIDROIT Principles* und das bisherige Gemeinschaftsprivatrecht sind zudem auf ganz unterschiedliche Weise entstanden. Die *Principles* wurden von erfahrenen Rechtsvergleichern aus aller Welt in einer Arbeitsgruppe auf der Grundlage umfangreicher rechtsvergleichender Untersuchungen erstellt. Nach eigenem Bekunden war es dabei das Ziel der Wissenschaftler, nicht nur eine Art *common core* des Welthandelsvertragsrechts zu ermitteln, sondern auch eigene, als besonders geeignet empfundene Regelungen zu formulieren.⁶ Das Gemeinschaftsprivatrecht wird auf der anderen Seite von den hierzu jeweils zuständigen Organen der Europäischen Gemeinschaft geschaffen. Zwar mögen auch bei dieser Rechtsetzung im Vorfeld Wissenschaftler mit einer dann zumeist auch rechtsvergleichenden Erfahrung beteiligt sein, doch wird das weitere Verfahren gerade auch der Kompromissfindung mehr durch nationale, politische und gruppenspezifische Interessen als durch das Ringen um den grössten gemeinsamen Nenner und vor allem die beste Lösung geprägt.

Ein weiterer wichtiger Unterschied betrifft den Anwendungsbereich und den dadurch bedingten Inhalt beider Regelungsgefüge.⁷ Während die *UNIDROIT Principles* internationale Handelsverträge in einer weltweiten Perspektive betreffen⁸, geht es dem Gemeinschaftsrecht um eine wenn auch bislang nur die besonders integrationsrelevanten Bereiche⁹ betreffende Angleichung und Vereinheitlichung der vergleichsweise homogenen nationalen Privatrechte der EU-Mitgliedstaaten. Während die *UNIDROIT Principles* also räumlich weiter reichen, bleiben sie in sachlicher Hinsicht hinter dem Gemeinschaftsprivatrecht zurück. Aber auch soweit sich

im Bereich des Vertragsrechts sachliche Überschneidungen ergeben, bedingt der bisherige Schwerpunkt der EG-Vertragsrechtsetzung im Bereich des zwingenden Verbraucherschutzes inhaltlich abweichende Interessen und Regelungen gegenüber den *Principles*¹⁰, die wie ursprünglich auch die Zivilgesetzbücher der EU-Mitgliedstaaten vom Grundsatz der Privatautonomie geprägt sind.

Erhebliche Unterschiede bestehen darüber hinaus in der Regelungsform. Während die *UNIDROIT Principles* eine sachlich, räumlich und zeitlich universale sowie systematische Regelung des internationalen Handelsvertragsrechts anstreben und damit einen kodifikatorischen Charakter im Sinne Bentham's¹¹ aufweisen, hat die zwar sehr umfangreiche Rechtsetzungstätigkeit der Europäischen Gemeinschaft bislang nicht zu einer umfassenden oder auch nur teilweisen Kodifizierung des Privatrechts geführt.¹² Die primärrechtlichen Vorgaben wie insbesondere die auf bestimmte Politiken und vorrangig das Binnenmarktziel beschränkte Einzelermächtigung der Gemeinschaft¹³ haben vielmehr die Punktualität der Rechtssetzungsakte¹⁴ und zahlreiche mit dieser einhergehende systematische, begriffliche und inhaltliche Brüche befördert.¹⁵

Als unmittelbar und vorrangig geltendes Recht wird das Gemeinschaftsprivatrecht nicht nur von den staatlichen Gerichten und den Schiedsgerichten angewendet. Vielmehr sorgt auch der EuGH für eine Beachtung sowie eine einheitliche Auslegung und Fortbildung des Gemeinschaftsprivatrechts. Dabei werden die meisten Entscheidungen publiziert. Die *UNIDROIT Principles* werden demgegenüber lediglich durch die knappe offizielle Kommentierung einheitlich konkretisiert und ihre hauptsächliche Anwendung in der Schiedsgerichtsbarkeit bleibt wegen der geringen Publikationsrate von Schiedssprüchen weitgehend im Verborgenen.¹⁶

⁴ *Commercial Contracts*, Rome 2004, S. 2 ff.

⁵ CANARIS, C.-W., «Die Stellung der UNIDROIT Principles und der Principles of European Contract Law im System der Rechtsquellen», in: J. BASEDOW (Hrsg.), *Europäische Vertragsrechtsvereinheitlichung und deutsches Recht*, Tübingen 2000, S. 5, 13 ff.

⁶ Siehe zu dieser Definition des Begriffs „Gemeinschaftsprivatrecht“ MÜLLER-GRAFF, P. C., *Privatrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht - Gemeinschaftsprivatrecht*, 2. Aufl., Baden-Baden 1991, S. 27.

⁷ BONELL, M. J., «Das UNIDROIT-Projekt für die Ausarbeitung von Regeln für internationale Handelsverträge», *RabelsZ* 56 (1992), S. 274, 287.

⁸ Vgl. dazu auch MICHAELS, R., «Privatautonomie und Privatkodifikation», *RabelsZ* 62 (1998), S. 580, 582 (zum Verhältnis zwischen UNIDROIT Principles und Principles of European Contract Law).

⁹ BONELL, M. J. (Fn. 1), S. 9.

¹⁰ Neben dem Handelsrecht (Handelsvertreter-, Banken-, Versicherungs- und Transportrecht) betrifft das Gemeinschaftsprivatrecht insbesondere auch das Verbraucherschutz-, Wettbewerbs-, Gesellschafts-, Immaterialgüter-, Arbeits- und Sozialrecht.

¹¹ Dazu auch BASEDOW, J., «Das BGB im künftigen europäischen Privatrecht: Der hybride Kodex», *AcP* 200 (2000), S. 445, 485.

¹² Siehe dazu COING, H., *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte*, Bd. III/1, München 1982, S. 4 f. und MÜNCH, J., «Strukturprobleme der Kodifikation», in: O. BEHRENDT/W. SELLERT (Hrsg.), *Der Kodifikationsgedanke und das Modell des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)*, Göttingen 2000, S. 147 ff. jeweils unter Hinweis auf die von ETIENNE DUMONT 1828 unter dem Titel *De l'organisation judiciaire et de la codification* veröffentlichte Schrift BENTHAM'S.

¹³ Siehe zum fehlenden umfassenden und einheitlichen Regelungsanspruch der EG etwa SCHULTE-NÖLKE, H./SCHULZE, R., «Einführung», in: H. SCHULTE-NÖLKE/R. SCHULZE (Hrsg.), *Europäische Rechtsangleichung und nationale Privatrechte*, S. 11, 16; siehe zu kodifikatorischen Bestrebungen und Vorarbeiten aber auch noch unten bei III D.

¹⁴ Siehe dazu Art. 5 Abs. 1 EGV sowie ergänzend Art. 5 Abs. 2 (Subsidiaritätsprinzip) bzw. Abs. 3 (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz).

¹⁵ In diesem Zusammenhang ist häufig von Pointillismus (z. B. HOMMELHOFF, P., «Zivilrecht unter dem Einfluß europäischer Rechtsangleichung», *AcP* 192 (1992), S. 71, 102), Mosaiktechnik (z. B. Bericht des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt des Europäischen Parlaments v. 6.11.2001 über die Annäherung des Zivil- und Handelsrechts der Mitgliedstaaten, PE 308.471, S. 12) oder Insellösungen (z. B. PFEIFFER, T., «Auf dem Weg zu einem Europäischen Vertragsrecht», *EWS* 2004, S. 98, 101) die Rede.

¹⁶ Siehe dazu näher JUNG, P., «Le droit privé communautaire face à la codification», *Annuaire de Droit Européen* 2004, S. 838, 842 ff.; Widersprüche werden inzwischen auch von der EU-Kommission anerkannt (siehe etwa die Mitteilung der Kommission zum Europäischen Vertragsrecht v. 11.7.2001, KOM(2001) 398 endg. bei Nr. 35 und Nr. 36 mit Fn. 18).

¹⁷ Siehe dazu lediglich die Zusammenstellung von knapp 100 Entscheidungen in der UNIDROIT-Datenbank *unilex* unter <http://www.unilex.info/dynasite.cfm?dsmid=13620> (11.7.2006).

B. Gemeinsamkeiten

Die zahlreichen Unterschiede zwischen den *UNIDROIT Principles* und dem Gemeinschaftsprivatrecht dürfen aber auch nicht den Blick auf ein paar bedeutsame Gemeinsamkeiten verstellen.

So besteht zunächst eine gemeinsame Zielsetzung mit der Erleichterung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs durch Rechtsvereinheitlichung und Rechtsangleichung auf dem Gebiet des Privatrechts. Dabei haben sich beide Regelungsgefüge gegen die nationalen Rechte und deren Traditionen durchzusetzen und können sich in dieser Aufgabe wechselseitig unterstützen.

Das Gemeinschaftsprivatrecht und die *UNIDROIT Principles* fassen in denjenigen Bereichen, in denen sie sich räumlich und inhaltlich überschneiden, auf gemeinsamen Quellen wie dem gemeineuropäischen Privatrecht und dem UN-Kaufrecht. Zahlreiche Regelungen der *UNIDROIT Principles* weisen keinen spezifisch handelsrechtlichen Regelungsgehalt auf. Deshalb konnten sich auch einerseits die *Principles of European Contract Law Part I and II*¹⁷ über weite Strecken an den *UNIDROIT Principles* von 1994¹⁸ orientieren und sich andererseits die *UNIDROIT Principles* von 2004¹⁹ sehr stark an den dritten Teil der *Principles of European Contract Law*²⁰ anlehnen.

Die *UNIDROIT Principles* und das Gemeinschaftsprivatrecht teilen schliesslich gemeinsame Bedürfnisse. Sie brauchen zu ihrer Schaffung und Anwendung eine internationale Rechtswissenschaft, die gemeinsame überstaatliche Systeme²¹, Begriffe²² und Methoden²³ entwickelt und praktiziert.

II. Wege der Einflussnahme der *UNIDROIT Principles* auf das Gemeinschaftsprivatrecht

Die *UNIDROIT Principles* beeinflussen das Gemeinschaftsprivatrecht als Rechtsgeltungs-, Rechtserkenntnis- und Rechtsgewinnungsquelle.²⁴

A. Rechtsgeltungsquelle

Rechtsgeltung im positivistischen Sinne können die *UNIDROIT Principles* nach herrschender Auffassung nur über eine Parteivereinbarung gewinnen. Eine solche

¹⁷ LANDO, O./BEALE, H. (Hrsg.), *Principles of European Contract Law. Parts I and II*, The Hague 2000.

¹⁸ UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International Commercial Contracts*, Rome 1994.

¹⁹ UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International Commercial Contracts*, Rome 2004.

²⁰ LANDO, O./CLIVE, E./PRUM, A./ZIMMERMANN, R. (Hrsg.), *Principles of European Contract Law. Part III*, The Hague 2003.

²¹ Siehe etwa für das Besondere Obligationenrecht BALDUS, C./SCHMIDT-KESSEL, M., «Das Europäische Vertragsrecht und sein Typensystem», *GPR* 2005, S. 157 ff.

²² Nach Punkt 2.1.1 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg. und Punkt 7 der offiziellen Kommentierung zur Präambel der UP 2004, in: UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International Commercial Contracts*, Rome 2004, S. 6 f. ist dies jeweils eine wichtige Funktion des Gemeinsamen Referenzrahmens bzw. der *UNIDROIT Principles*.

²³ Siehe dazu etwa KRAMER, E. A., «Konvergenz und Internationalisierung der juristischen Methode», in: C. MEIER-SCHATZ (Hrsg.), *Die Zukunft des Rechts*, Basel 1999, S. 71 ff.

²⁴ Zu dieser Terminologie CANARIS, C.-W. (Fn. 4), S. 8 ff.

Vereinbarung wird in den EU-Mitgliedstaaten herkömmlich allerdings nicht als eine kollisionsrechtliche Verweisung, sondern überwiegend als eine rein materiellrechtliche Bezugnahme auf die *UNIDROIT Principles*, die die zwingenden Normen des Vertragsstatuts unberührt lässt, verstanden.²⁵ Hieran könnte sich in Zukunft jedoch insofern etwas ändern, als nach Art. 3 II des Vorschlags der EU-Kommission vom 15.12.2005 für eine Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (sog. Rom-I-Verordnung)²⁶ künftig auch eine kollisionsrechtliche Wahl zugunsten von Grundsätzen und Regeln des materiellen Vertragsrechts möglich sein soll, die auf internationaler oder europäischer Ebene anerkannt sind. Hierzu zählt die Kommission in ihrer Begründung neben den *Principles of European Contract Law* und einem etwaigen künftigen fakultativen EG-Instrument ausdrücklich auch die *UNIDROIT Principles*.²⁷ Damit könnten Vertragsparteien aus den Mitgliedstaaten die *Principles* insgesamt als Vertragsstatut wählen.²⁸

B. Rechtserkenntnisquelle

In Bereichen, in denen die *UNIDROIT Principles* den auf breiter rechtsvergleichender Grundlage erarbeiteten gemeinsamen Nenner des Welthandelsvertragsrechts wiedergeben, kommt ihnen diesbezüglich ein besonderer Erkenntniswert zu. Aus diesem Grund wurden sie auch von der Lando-Kommission bei der Ausarbeitung der *Principles of European Contract Law* herangezogen, was neben einer teilweisen Personenidentität²⁹ beider Gruppen und einem gegenläufigen Einfluss der *European Principles Part III* auf die *UNIDROIT Principles* 2004 im Ergebnis dazu führte, dass etwa zwei Drittel der *European Principles*, die als Vorbild für ein Europäisches Vertragsgesetzbuch gedacht sind,³⁰ den *UNIDROIT Principles* entsprechen und auch sonst kaum wesentlich abweichen.³¹ Die Erkenntnisfunktion ist auch der Grund für den zunehmenden Einsatz der *UNIDROIT Principles* im Rechtsunterricht in den EG-Mitgliedstaaten.³²

²⁵ Siehe dazu etwa KROPHOLLER, J., *Internationales Privatrecht*, 5. Aufl., Tübingen 2004, S. 457 f.; a. A. ROTH W.-H., «Zur Wählbarkeit nichtstaatlichen Rechts», in: MANSEL, H. P. u. a. (Hrsg.), *Festschrift für Erik Jayme*, Bd. 1, München 2004, S. 757, 768 ff.; BOELE-WOELKI, K., «Die Anwendung der UNIDROIT Principles auf internationale Handelsverträge», *IPRax* 1997, S. 161, 170 f.; SCHULF, S., «UNIDROIT Principles 2004 – Auf dem Weg zu einem Allgemeinen Teil des internationalen Einheitsprivatrechts», *IHR* 2004, S. 236, 244 f.; weitere Nachweise bei BONELL, M. J. (Fn. 1), S. 18.

²⁶ KOM(2005) 650 endg.

²⁷ Begründung zu KOM(2005) 650 endg., S. 5 f.

²⁸ Krit. HERBER, R., «Lex mercatoria und Principles – gefährliche Irrlichter im internationalen Kaufrecht», *IHR* 2003, S. 1, 4 ff.

²⁹ Michael Joachim Bonell, Ulrich Drobnig, Arthur S. Hartkamp, Ole Lando und Denis Tallon gehörten zumindest teilweise beiden Kommissionen an.

³⁰ LANDO, O./BEALE, H. (Hrsg.), *Principles of European Contract Law, Part I and II*, The Hague 2000, S. XXIII.

³¹ BONELL, M. J., «UNIDROIT Principles 2004 – The New Edition of the Principles of International Commercial Contracts adopted by the International Institute for the Unification of Private Law», *Unif.L.Rev.* 9 (2004), S. 5, 33 ff.; zu einer Synopse BONELL, M. J./PELEGGI, R., «UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts and Principles of European Contract Law: A Synoptical Table», *Unif.L.Rev.* 9 (2004), S. 315 ff.; speziell zu einem Vergleich der 2004 in die UNIDROIT Principles aufgenommenen Materien (Verjährungsrecht, Aufrechnung, Abtretung, Schuldübernahme, Vertragsübertragung, Stellvertretung, Vertrag zugunsten Dritter) ZIMMERMANN, R., «Die Unidroit-Grundregeln 2004 der internationalen Handelsverträge in vergleichender Perspektive», *ZEuP* 2005, S. 264, 269 ff.

³² Siehe zu diesem möglichen Anwendungsgebiet der Principles die offizielle Kommentierung in: UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International Commercial Contracts*, Rome 2004, S. 7; ferner

Für den Gesetzgeber und Anwender des Gemeinschaftsrechts ist der Erkenntniswert der *UNIDROIT Principles* jedoch gemindert, da ihr räumlicher Anwendungsbereich über Europa hinausreicht und die Herkunft der Grundregeln bzw. die rechtsvergleichenden Vorarbeiten nicht offen gelegt werden, so dass der Gesetzgeber oder Anwender von Gemeinschaftsrecht nicht einfach feststellen kann, ob eine UNIDROIT-Grundregel ganz oder zumindest im Kern auch gemeineuropäisches Privatrecht widerspiegelt. Als Rechtserkenntnisquelle sind insoweit die *Principles of European Contract Law* ergiebiger, da diese auch über die Herkunft der Grundregeln bzw. die rechtsvergleichenden Vorarbeiten Rechenschaft geben.

C. Rechtsgewinnungsquelle

Als Rechtsgewinnungsquelle, d. h. als Argument in der rechtlichen Diskussion, werden die *UNIDROIT Principles* insofern eingesetzt, als man bei der Gesetzgebung oder Rechtsanwendung argumentativ auf sie verweist und sich auf diese Weise an ein Modell anlehnt oder sich die Autorität zunutze macht, die die *Principles* als Ausdruck des gesammelten rechtsvergleichenden Erfahrungsschatzes einerseits und als Prognose über den Inhalt eines künftigen Welthandelsvertragsrechts andererseits aufweisen. In der Version von 2004 wird diese in der Schiedsgerichtsbarkeit schon länger zu beobachtende³³ Funktion der *Principles* als Rechtsgewinnungsquelle nun auch auf die Auslegung und Ergänzung von nationalen Rechtsregeln erstreckt.³⁴

1. Modellgesetz für den Gemeinschaftsgesetzgeber

Selbst wenn dies in der Präambel von 2004 nach wie vor nicht erwähnt wird, so können die *UNIDROIT Principles* durchaus auch dem supranationalen Gesetzgeber des Gemeinschaftsprivatrechts als Vorbild dienen, zumal die in der Präambel aufgeführten Anwendungsmöglichkeiten in der offiziellen Kommentierung ausdrücklich als nicht abschliessend bezeichnet werden.³⁵ Die Vorbildwirkung kann sich dabei nicht nur auf das Vorhandensein und die Ausgestaltung einzelner Regeln und ihre systematische Anordnung, sondern auch auf die Begrifflichkeit und den sprachlichen Ausdruck beziehen. Nicht umsonst erwähnt nunmehr auch die offizielle Kommentierung der *UNIDROIT Principles* 2004 den Modellcharakter der begrifflich neutralen und in unterschiedlichen Sprachen verfügbaren Grundregeln.³⁶

KIENINGER, E.-M., «Europäisches Vertragsrecht in der Lehre – Bericht über die Podiumsdiskussion», in: J. BASEDOW (Hrsg.), *Europäische Vertragsrechtsvereinheitlichung und deutsches Recht*, Tübingen 2000, S. 215 ff.; vgl. dazu auch etwa die Aufnahme einiger UNIDROIT Principles in das auch in der 2. Aufl. von 2003 weiterhin als „case book“ für den akademischen Unterricht konzipierte Europäische Obligationenrecht von FILIPPO RANIERI.

³³ Siehe dazu etwa BRÖDERMANN, E., «Die erweiterten UNIDROIT Principles 2004», *RIW* 2004, S. 721, 729 m.w.N.

³⁴ Abs. 6 der Präambel UP 2004.

³⁵ UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International Commercial Contracts*, Rome 2004, S. 7.

³⁶ Der nach der offiziellen Kommentierung in UNIDROIT (Hrsg.), *Principles of International Commercial Contracts*, Rome 2004, S. 7 für die Vertragsparteien insoweit gegebene Modellcharakter lässt sich auch auf den Gesetzgeber übertragen.

Soweit ersichtlich, nehmen die gemeinschaftsrechtlichen Regelungen aber auch in ihren Erwägungsgründen keinen ausdrücklichen Bezug auf die *UNIDROIT Principles*. Dies schliesst die Möglichkeit einer uneingestanden stillen Einwirkung oder auch einer indirekten Wirkung über die in grossen Teilen vergleichbaren *Principles of European Contract Law* freilich nicht aus.

Dennoch ist die Vorbildwirkung der *UNIDROIT Principles* wiederum aus mehreren Gründen gemindert. Der erste Grund liegt in den unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten beider Regelungsgefüge. Wenn bereits den *Principles of European Contract Law* vorgeworfen wird, dass diese dem Anliegen des Verbraucherschutzes zu wenig Rechnung trügen³⁷, so gilt dies erst recht für die auf Handelsverträge zugeschnittenen *UNIDROIT Principles*. Hier ergibt es sich zunächst aus der Natur der Sache, dass sich der Gemeinschaftsgesetzgeber nicht oder kaum für Regelungen über die Währung³⁸ oder über Zeitzone³⁹ interessiert. Verschiedene Regelungen der durch das internationale Handelsrecht geprägten *UNIDROIT Principles*⁴⁰ sind zudem unvereinbar mit den Verbraucherschutzanliegen des Gemeinschaftsrechts.⁴¹ Dies gilt etwa für die Regelungen über die diversen Widerrufsrechte und das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. So kennen die UNIDROIT Principles entgegen der RL 93/13/EWG⁴² keine allgemeine Inhaltskontrolle von AGB, sondern nur ein Verbot von grob unredlichen Haftungsausschlussklauseln (Art. 7.1.6 UP 1994/2004) und die Möglichkeit zur Herabsetzung von stark überhöhten Vertragsstrafen (Art. 7.4.13 Abs. 2 UP 1994/2004). Im Übrigen finden sich lediglich teils über die EG-Richtlinie hinausgehende Regelungen zur Einbeziehung von AGB in den Vertrag (Art. 2.1.19 ff. UP 2004), die die Unwirksamkeit überraschender Klauseln, den Vorrang von Individualvereinbarungen und das Problem kollidierender AGB betreffen, sowie eine allgemein formulierte, aber vor allem im Bereich der AGB relevante contra-proferentem-Regel (Art. 4.6 UP 1994/2004).⁴³

Zweitens müssen die bestehenden bzw. auszuarbeitenden allgemeinen schuldrechtlichen Regelungen des Gemeinschaftsprivatrechts nicht allein dem Vertragsrecht, sondern auch dem aussservertraglichen Schuldrecht und weiteren Gebieten des Privatrechts gerecht werden. Hier zeigt sich die praktische Konsequenz des einerseits auf das Handelsvertragsrechts beschränkten Regelungsauftrags an die UNIDROIT-Kommission und der weitreichenden Rechtssetzungsvorhaben auf Gemeinschaftsebene.

³⁷ MICKLITZ, H.-W., «Verbraucherschutz in den Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts», *ZVglRWiss* 103 (2004), S. 88 ff.; ERNST, W., «Die Verpflichtung zur Leistung in den Principles of European Contract Law und in den Principles of International Commercial Contracts», in: J. BASEDOW (Hrsg.), *Europäische Vertragsrechtsvereinheitlichung und deutsches Recht*, Tübingen 2000, S. 129, 156 f.; siehe dazu allerdings auch die Liste der verbraucherschützenden Normen in den *Principles of European Contract Law* bei BONELL, M. J. (Fn. 31), S. 34 f.

³⁸ Art. 6.1.9 und Art. 8.2 UP 1994/2004.

³⁹ Art. 1.12 Abs. 3 UP 2004.

⁴⁰ Siehe zu einer Liste der typisch handelsrechtlichen Regelungen der *UNIDROIT Principles* BONELL, M. J. (Fn. 31), S. 35.

⁴¹ Vgl. dazu auch WILHELMSSON, T., «International Lex Mercatoria and Local Consumer Law: an Impossible Combination?», *Unif.L.Rev.* 8 (2003), S. 141 ff.

⁴² RL 93/13/EWG des Rates v. 5.4.1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, ABl. L 95 v. 21.4.1993, S. 29.

⁴³ Näher dazu BONELL, M. J. (Fn. 1), S. 15 ff.

Schliesslich trägt die bereits erwähnte typische Genese gemeinschaftsrechtlicher Normen nicht gerade zu einer besonderen Beachtung der rechtsvergleichenden Vorarbeiten von UNIDROIT und ihres Ergebnisses in Gestalt der *Principles* bei.

2. Auslegungs- und Argumentationshilfe für den Anwender von Gemeinschaftsprivatrecht

Einigermassen ernüchternd fällt die Bilanz auch im Bereich von Rechtsprechung und Lehre aus. Soweit ersichtlich hat der EuGH bislang kein einziges Mal auf die *UNIDROIT Principles* Bezug genommen. Sie teilen dieses Schicksal allerdings offenbar mit den *Principles of European Contract Law*. Der typischerweise knappe Urteilsstil des EuGH ist hierfür keine hinreichende Erklärung, zumal auch in den ausführlicheren und bisweilen rechtsvergleichende Ausführungen enthaltenden Schlussanträgen der Generalanwälte bislang nur einmal ausdrücklich auf die *UNIDROIT Principles* Bezug genommen wurde.⁴⁴ In der Lehre wird den *Principles* in allgemeiner Form zwar eine grosse Aufmerksamkeit zuteil, doch werden sie nur selten zur Auslegung konkreter Gemeinschaftsregelungen herangezogen.⁴⁵

III. Gemeinschaftsrechtliche Objekte des Einflusses der *UNIDROIT Principles*

Abschliessend soll noch ein Blick auf die möglichen Objekte und damit letztlich auch die Inhalte eines Einflusses der *UNIDROIT Principles* auf das Gemeinschaftsprivatrecht geworfen werden.

A. Bestehendes Sekundärrecht

Wie bereits erwähnt, hat sich der Gemeinschaftsgesetzgeber bei der Schaffung des bestehenden Sekundärrechts offenbar nicht von den *UNIDROIT Principles* beeinflussen lassen. Dennoch könnte sich die Auslegung von Richtlinien und Verordnungen in vielerlei Hinsicht an den *Principles* orientieren. Denkbare Objekte wären namentlich (in zeitlicher Reihenfolge) die Haustürgeschäfte-Richtlinie⁴⁶, die Handelsvertreter-Richtlinie⁴⁷, die Verbraucherkredit-Richtlinie⁴⁸, die Klauselrichtlinie⁴⁹,

die Pauschalreise-Richtlinie⁵⁰, die Überweisungs-Richtlinie⁵¹, die Fernabsatz-Richtlinie⁵², die Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie⁵³, die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr⁵⁴, die Zahlungsverzugs-Richtlinie⁵⁵, die Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen⁵⁶ und die Fluggastverordnung⁵⁷. An dieser Stelle können nur zwei Beispiele für die interpretatorische Hilfsfunktion der *UNIDROIT Principles* gegeben werden. So könnte etwa die unterschiedliche Auslegung der diversen Schadensbegriffe der EG-Richtlinien in den Mitgliedstaaten⁵⁸ dadurch vereinheitlicht werden, dass Rechtsprechung und Lehre insoweit einheitlich auf die Regelung der Art. 7.4.1 UP 1994/2004 zurückgriffen. Die weite Auslegung von Art. 5 RL 90/314/EWG im Sinne eines Ersatzes auch des aufgrund entgangener Urlaubsfreuden entstandenen immateriellen Schadens könnte dann nicht nur auf Art. 13 des sachlich einschlägigen, aber nur von wenigen Staaten geschlossenen Internationalen Übereinkommens über Reiseverträge (CCV) vom 23.4.1970⁵⁹, sondern darüber hinaus auf Art. 7.4.2 Abs. 2 UP 1994/2004 gestützt werden. Auch zur Auslegung des Begriffs der „höheren Gewalt“ in Art. 9 der RL 97/5/EG⁶⁰ könnte ergänzend auf die *force-majeure*-Regelungen in Art. 7.1.7 UP 1994/2004⁶¹ und deren Auslegung Bezug genommen werden.

lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0483de01.pdf; besucht am 11.7.2006).

- 49 RL 93/13/EWG des Rates v. 5.4.1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, ABl. L 95 v. 21.4.1993, S. 29.
- 50 RL 90/314/EWG des Rates v. 13.6.1990 über Pauschalreisen, ABl. L 158 v. 23.6.1990, S. 59.
- 51 RL 97/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.1.1997 über grenzüberschreitende Überweisungen, ABl. L 43 v. 14.2.1997, S. 25.
- 52 RL 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.5.1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz, ABl. L 144 v. 4.6.1997, S. 19.
- 53 RL 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.5.1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter, ABl. L 171 v. 7.7.1999, S. 12.
- 54 RL 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt, ABl. L 178 v. 17.7.2000, S. 1.
- 55 RL 2000/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 29.6.2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, ABl. L 200 v. 8.8.2000, S. 35.
- 56 RL 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 23.9.2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG, ABl. L 271 v. 9.10.2002, S. 16, geändert durch RL 2005/29/EG, ABl. L 149 v. 11.6.2005, S. 22.
- 57 VO EG/261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.2.2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91, ABl. L 46 v. 17.2.2004, S. 1.
- 58 Siehe zu diesem seit längerem erkannten Problem etwa die Nr. 36 mit Fn. 18 der Mitteilung der Kommission zum Europäischen Vertragsrecht v. 11.7.2001, KOM(2001) 398 endg.
- 59 Siehe zu einer Bezugnahme auf dieses ebenfalls von UNIDROIT initiierte Übereinkommen Ziff. 39 der Schlussanträge des GA TIZZANO v. 20.9.2001 zum Urteil des EuGH v. 12.3.2002 Rs. C-168/00, Slg. 2002, I-2631 (*Simone Leitner*), veröffentlicht unter <http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=de> (11.7.2006).
- 60 In Art. 9 RL 97/5/EG werden die Gründe höherer Gewalt als „ungewöhnliche und unvorhersehbare Ereignisse, auf die derjenige, der sich auf höhere Gewalt beruft, keinen Einfluß hat und deren Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können“ umschrieben.
- 61 Nach Art. 7.1.7 Abs. 1 UP 1994/2004 wird die Nichterfüllung einer Partei entschuldigt, wenn sie beweist, „that the non-performance was due to an impediment beyond its control and that it could not reasonably be expected to have taken the impediment into account at the time of the conclusion of the contract or to have avoided or overcome it or its consequences“. Art. 7.1.7 Abs. 2-4 UP 1994/2004 enthalten zudem konkretisierende und ergänzende Regelungen zu vorübergehenden Leistungshindernissen und Benachrichtigungspflichten sowie zu anderen Rechtsbehelfen als Schadenersatz.

- 44 Siehe dazu die Bezugnahme auf Art. 2.15 UP 1994 (jetzt Art. 2.1.15 UP 2004) in Ziff. 55 der Schlussanträge des GA GEELHOED, abgedruckt in EuGH v. 17.9.2002 Rs. C-334/00, Slg. 2002, I-7357 (*HWS*), um eine vorvertragliche Haftung im Falle des ungerechtfertigten Abbruchs von Vertragsverhandlungen und die deliktische Natur entsprechender Schadenersatzansprüche zu begründen.
- 45 Eines der seltenen Beispiele findet sich bei BIANCA, C. M., in: S. GRUNDMANN/C. M. BIANCA (Hrsg.), *EU-Kaufrechtsrichtlinie – Kommentar*, § 3 Rn. 81, der sich unter Hinweis auf Art. 7.1.3 der *UNIDROIT Principles* für ein Zurückbehaltungsrecht auch im EG-Kaufrecht ausspricht, obwohl Art. 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL ein solches Recht dem Käufer auch bei gravierenden Sachmängeln nicht ausdrücklich zubilligt.
- 46 RL 85/577/EWG des Rates v. 20.12.1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, ABl. L 372 v. 31.12.1985, S. 31.
- 47 RL 86/653/EWG des Rates v. 18.12.1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter, ABl. L 382 v. 31.12.1986, S. 17.
- 48 RL 87/102/EWG des Rates v. 22.12.1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit, ABl. L 42 v. 12.2.1987, S. 48, geändert durch RL 90/88/EWG und RL 98/7/EG; siehe ausserdem zur aktuellen Änderungsdiskussion den letzten Vorschlag der Kommission v. 7.10.2005 KOM(2005) 483 endg. (Text abrufbar unter <http://eur->

lage umfassender Forschungsarbeiten erstellt wird, wobei allerdings auch noch die Interessengruppen intensiv einbezogen werden.⁷⁸ Der GRR soll neben Sonderregelungen für Kauf- und Versicherungsverträge das allgemeine Vertragsrecht unter Einbeziehung der Schuldner- und Gläubigermehrheit, der Schuld- und Vertragsübernahme sowie der Verjährung enthalten⁷⁹. Möglicherweise kommt es auch noch zu einer Einbeziehung des Bereicherungs- und Mobiliarsicherheitsrechts. Inhaltlich geht es dem Referenzrahmen um die Vereinheitlichung der gemeinschaftsprivatrechtlichen Grundbegriffe und die Bereitstellung allgemeiner Grundregeln des Vertragsrechts unter Einschluss von Mustervorschriften.⁸⁰

Angesichts des Bekenntnisses der Kommission, dass sie das Rad nicht neu erfinden wolle⁸¹, mag es allerdings erstaunen, dass die Kommission als mögliche Quellen des Referenzrahmens ausdrücklich nur die Rechte der Mitgliedstaaten, den *acquis communautaire* und die verbindlichen internationalen Rechtstexte wie namentlich das CISG erwähnt, nicht jedoch die *UNIDROIT Principles* oder die *Principles of European Contract Law*.⁸² Zwar sind auch „andere vorhandene Materialien“ von Bedeutung, doch wird deren Berücksichtigung ausdrücklich unter den Vorbehalt gestellt, dass „gewährleistet wird, dass der GRR den EU-spezifischen Anforderungen gerecht wird“.⁸³ Noch unklar ist, ob der Referenzrahmen, der erstmals 2007 publiziert werden und dann ab 2009 gelten soll, nur intern für die Gemeinschaftsorgane massgeblich sein oder aber als Empfehlung bzw. Verordnung der Gemeinschaft in Kraft treten wird.⁸⁴ Als von der Gemeinschaft autorisierter Rechtsakt könnte der Referenzrahmen eher zum Gegenstand einer kollisionsrechtlichen Rechtswahl gemacht werden.

Was die weiteren Arbeiten an einem Europäischen Vertragsrechtswerk, von der EU-Kommission etwas sperrig als „nicht sektorspezifische Massnahme“ oder „optionales Instrument“ bezeichnet⁸⁵, anbetrifft, so hat immerhin der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss im Jahre 2002 den Wunsch nach einer globalen

⁷⁸ Siehe Punkt 3.1.2 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.; zur aktuellen Liste der CFR-Net-Mitglieder http://ec.europa.eu/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/cont_law/cfr_net_members_en.pdf (11.7.2006).

⁷⁹ Siehe zum geplanten Regelungsbereich den Anhang I der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.

⁸⁰ Siehe Punkt 3.1.3 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.

⁸¹ Ziff. 66 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ein kohärenteres europäisches Vertragsrecht – ein Aktionsplan – vom 12.2.2003, KOM(2003) 68 endg.

⁸² Siehe dazu Punkt 3.1.3 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.

⁸³ Siehe dazu Punkt 3.1.3 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.

⁸⁴ Siehe dazu Punkt 2.1.3 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.

⁸⁵ Siehe etwa Punkt 2.3 der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands – weiteres Vorgehen – vom 11.10.2004, KOM(2004) 651 endg.

Vertragsrechtsvereinheitlichung ausgesprochen und betont, dass sich ein notgedrungenes Voranschreiten auf europäischer Ebene nur in enger Abstimmung mit den internationalen Projekten von UNIDROIT und UNCITRAL vollziehen dürfe.⁸⁶

IV. Schlussbemerkung

Angesichts des an dieser Stelle nur umrissenen potentiellen Nutzens der *UNIDROIT Principles* für das Gemeinschaftsrecht muss man bedauern, wie wenig die Gemeinschaft dieses Potential in der Praxis offenbar ausnützt. Es mag sein, dass der *acquis communautaire* bereits die kritische Masse erreicht hat, um aus sich selbst heraus als Grundlage einer System-, Prinzipien- und Regelbildung für ein künftiges europäisches Privatrecht zu dienen.⁸⁷ Dennoch sollten die *UNIDROIT Principles*, die zu den wenigen erfolgreichen Projekten der internationalen Rechtsvereinheitlichung zählen⁸⁸, unbedingt auch im Gemeinschaftsprivatrecht als Massstab und Modell Berücksichtigung finden. In ihnen sind nämlich Grundsätze für internationale Handelsverträge niedergelegt, die entweder den nationalen Rechtsordnungen gemein sind oder von neutralen Rechtsvergleichern als die beste Regelung innerhalb oder vor dem Hintergrund eines erheblichen Vorrats an Lösungen betrachtet wurden⁸⁹. Die Gemeinschaft könnte sich also den gesammelten rechtsvergleichenden Sachverstand der *Principles* und ihre Kompromisslösungen⁹⁰ zwischen *droit écrit* und *common law* zunutze zu machen und damit zugleich die Anschlussfähigkeit des eigenen Partikularrechts an globale Entwicklungen sicherstellen bzw. die Gefahr eines „unerleuchten Regionalismus...“, der aus Freude an einer engeren Gemeinsamkeit die Entwicklung in der übrigen Welt ignoriert⁹¹, bannen. Die Gemeinschaft, die sich von nationalen Rechtstraditionen lösen muss, vermiede eine Rechtssetzung ex nihilo, wenn sie in Gestalt der *Principles* an das bisherige gemeinsame Rechtsdenken anknüpfen würde. Darüber hinaus wäre es von Vorteil, wenn die Verbraucherschutzlastigkeit des *acquis communautaire* etwas durch handelsrechtliche Grundregeln ergänzt und ausgeglichen werden würde⁹². Die künftige gemeinschaftsrechtliche Rechtssetzung sollte daher in Anlehnung an die schweizerische

⁸⁶ Siehe insbesondere die Punkte 1, 2.3.4 und 2.4 lit. b der Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses v. 17.7.2002 zu der „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum europäischen Vertragsrecht“, ABl. C 241 vom 7.10.2002, S. 1.

⁸⁷ Dies ist der Ausgangspunkt der sog. Acquis-Gruppe (vgl. dazu etwa PFEIFFER, T., « Auf dem Weg zu einem Europäischen Vertragsrecht », *EWS* 2004, S. 98, 102).

⁸⁸ So auch KRONKE, H., « Ziele – Methoden, Kosten – Nutzen: Perspektiven der Privatrechtsharmonisierung nach 75 Jahren UNIDROIT », *JZ* 2001, S. 1149, 1150.

⁸⁹ BONELL, M. J. (Fn. 6), S. 287.

⁹⁰ Beispiele für eher dem kontinentaleuropäischen Recht zuneigende Kompromisslösungen bilden Art. 2.1.15 UP 2004 (Verhandeln in bösem Glauben) und Art. 7.4.13 UP 1994/2004 (Vereinbarte Zahlung wegen Nichterfüllung).

⁹¹ So für das internationale Privatrecht die Warnung von NEUHAUS, P. H., *Die Grundbegriffe des Internationalen Privatrechts*, 2. Aufl., Tübingen 1976, S. 14.

⁹² In diesem Sinne auch v. BAR, C., « Die Resolution des Europäischen Parlaments vom 15. November 2001 zur Annäherung des Zivil- und Handelsrechts der Mitgliedstaaten », *ZEuP* 2002, S. 629, 631.

europakompatible Gesetzgebung⁹³ nur dann von den *UNIDROIT Principles* abweichen, wenn es hierfür wie etwa im Bereich der AGB-Kontrolle tragfähige Gründe gibt. Schliesslich könnte ein verstärkter Einfluss von UNIDROIT auf die Gemeinschaftsrechtsetzung dazu beitragen, das aktuell durch das Gemeinschaftsrecht beförderte Auseinanderdriften⁹⁴ von europäischen Mutterrechtsordnungen und ihren auf der Welt verstreuten Tochterrechtsordnungen abzumildern.

Aber auch aus der Sicht von UNIDROIT ist die geschilderte Entwicklung trotz der dort bewusst und bestimmungsgemäss eingenommenen globalen Zwecksetzung zu bedauern. Denn aus der weltweiten Perspektive von UNIDROIT ist die EG der wichtigste Raum vertiefter supranationaler Privatrechtsintegration.⁹⁵ In Europa bündeln sich die Probleme der weltweiten Rechtsvereinheitlichung und stellen sich in besonderer Schärfe⁹⁶. Die EG stellt aus diesem Blickwinkel ein gigantisches regionales Rechtsangleichungs- und Rechtsvereinheitlichungsprojekt dar, das es nach Möglichkeit in einem mit den *UNIDROIT Principles* zu vereinbarenden Sinne zu beeinflussen gilt. Störungen der internationalen Rechtsangleichung durch das Gemeinschaftsprivatrecht sind durch Koordination und Kooperation zu vermeiden⁹⁷. Die zumindest teilweise Aufnahme der *Principles* in die Gemeinschaftsrechtsetzung würde diesen zudem auf indirektem Wege eine formale Rechtsgeltung für und in den 25 EU-Mitgliedstaaten verschaffen. Vor diesem Hintergrund erstaunt es, dass UNIDROIT zumindest keine offizielle Stellungnahme zu den Projekten der europäischen Vertragsrechtsvereinheitlichung abgegeben hat.⁹⁸ Auf der anderen Seite sollte UNIDROIT auch die Erfahrungen und Ergebnisse des Gemeinschaftsprivatrechts zumindest in Teilen für die eigenen Arbeiten fruchtbar machen. Eine aktive Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft als supranationaler Organisation an der Fortentwicklung der *UNIDROIT Principles* wäre insofern wünschenswert.

Für die *UNIDROIT Principles* wäre es sicherlich noch zu verschmerzen, wenn wenigstens ihre dazu besonders berufene⁹⁹ Halbschwester, die *Principles of European Contract Law*, einen massgeblichen Einfluss auf das Gemeinschaftsprivatrecht

⁹³ Zur Europakompatibilität der Schweizer Gesetzgebung etwa BAUDENBACHER, C., « Zum Nachvollzug europäischen Rechts in der Schweiz », *EuR* 1992, S. 309, 320.

⁹⁴ Zu diesem Phänomen WEIR, T., « Die Sprachen des europäischen Rechts », *ZEuP* 1995, S. 368.

⁹⁵ Siehe dazu sowie generell zum Verhältnis von regionaler und globaler Rechtsangleichung bzw. Rechtsvereinheitlichung etwa BONELL, M. J., « Modernisation and Harmonisation of Contract Law: Objectives, Methods and Scope – An Overview », *Unif.L.Rev.* 8 (2003), S. 91, 93 ff.; BASEDOW, J., « Worldwide Harmonisation of Private Law and Regional Economic Integration – General Report », *Unif.L.Rev.* 8 (2003), S. 31, 40 ff.

⁹⁶ Dazu auch BASEDOW, J. (Fn. 10), S. 457.

⁹⁷ Einen weltweiten Abstimmungsbedarf sehen auch KRONKE, H. (Fn. 88), S. 1155 f. und MEYER, J., « Auf dem Weg zu einem Europäischen Zivilgesetzbuch », *BB* 2004, S. 1285, 1292.

⁹⁸ Es fehlten Stellungnahmen zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Europäischen Vertragsrecht vom 11.7.2001, KOM(2001) 398 endg. (siehe dazu die Anlage zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ein kohärenteres europäisches Vertragsrecht – ein Aktionsplan – vom 12.2.2003, KOM(2003) 68 endg.) sowie zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ein kohärenteres europäisches Vertragsrecht – ein Aktionsplan – vom 12.2.2003, KOM(2003) 68 endg. (siehe dazu die Zusammenfassung der Stellungnahmen unter http://ec.europa.eu/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/cont_law/analyticaldoc_de.pdf, besucht am 11.7.2006); im Bericht des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt (A5-0384/2001) v. 6.11.2001 ist UNIDROIT ebenfalls nicht unter den die EU-Kommission in Vertragsrechtsfragen beratenden Gruppen aufgeführt.

⁹⁹ LETTERMAN, G. G., *UNIDROIT's Rules in Practice – Standard International Contracts and Applicable Rules*, The Hague 2001, S. 268.

entfalten würde. Aber auch dies scheint, wenn man einmal von den Arbeiten am Gemeinsamen Referenzrahmen absieht, nicht in hinreichendem Masse der Fall zu sein, obwohl im Prozess der europäischen Privatrechtsvereinheitlichung von Wissenschaftlern immer wieder ganz im Sinne Savignys¹⁰⁰ auf die grosse Bedeutung sorgfältiger Vorarbeiten gerade auch in Gestalt von *Principles*¹⁰¹ verwiesen wird¹⁰². Dieser Befund stimmt für den Einfluss der Rechtsvergleichung auf den Gemeinschaftsgesetzgeber und für die künftige Bedeutung des gemeinschaftseigenen Konkurrenzprodukts der *UNIDROIT Principles*, des Gemeinsamen Referenzrahmens, nicht gerade hoffnungsfroh.

¹⁰⁰ V. SAVIGNY, F. C., *Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, 1814, nachgedruckt bei H. HATTENHAUER, *Thibaut und Savigny – Ihre programmatischen Schriften*, München 1973.

¹⁰¹ ZIMMERMANN, R., « Savigny's Legacy », *L.Q.Rev.* 112 (1996), S. 576, 600 f. betrachtet die *Principles* als das eigentliche Vermächtnis v. Savignys; auf die Parallele zwischen den Ansichten v. Savignys und den *Principles of European Contract Law* verweist auch BERGER, K. P., « The Principles of European Contract Law and the Concept of the Creeping Codification of law », *ERPL* 2001, S. 21, 25 f.

¹⁰² So etwa KÖTZ, H., « Savigny v. Thibaut und das gemeineuropäische Zivilrecht », *ZEuP* 2002, S. 431, 433; SCHULZE, R. (Fn. 66), S. 473.